

von Lenins Russischer Revolution 1917 distanziert er sich auch von ihrem staatszersetzenden Charakter und der Interpretation, sie hätte den Zusammenhalt des historischen russischen Imperiums zerstört. Der von Putin verkündete Großmachts- und Patriotismusmythos sieht in der vaterländischen Geschichte nicht mehr als eine Reihe ruhmreicher, heroischer Großtaten, die seine auf die Stärkung der Staatsmacht konzentrierte Politik legitimieren. In diesem Mythos gibt es für Schuld und Verantwortung keinen Platz. Die Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit passt nicht in Putins Geschichtsbild. »Wir sollten niemandem erlauben, uns ein Schuldgefühl aufzudrängen«, appellierte Putin bereits zu Beginn seiner ersten Amtszeit an die Historiker. Es sei ihre Aufgabe »vor allem bei unseren jungen Bürgern wieder das Gefühl von Stolz auf ihr Land zu schaffen«. Dabei leugnet Putin in letzter Zeit die Verbrechen unter Stalin keineswegs, die »Methode« sei nur falsch gewesen. Auch stand er der Errichtung eines unlängst in Moskau eröffneten Gulag-Museums nicht im Wege – allein um dieses Thema nicht der Zivilgesellschaft zu überlassen. Doch seiner Vorstellung von der Größe Russlands tun die Opfer seiner Geschichte keinen Abbruch. Deshalb wird auch Stalin zunehmend rehabilitiert. »Bei aller Kritik an Stalin«, so fragte Putin rhetorisch in einem Gespräch über den Zweiten Weltkrieg, »kann irgendjemand mit Gewissheit behaupten, dass ein anderes Vorgehen als dasjenige Stalins uns zum Sieg verholfen hätte«?

Die Aufklärung der Verbrechen im Sowjetreich, vor allem der stalinschen Repressionen, ihrer Urheber und Träger, bleibt nach wie vor der Gesellschaft überlassen, die ihre Aktivitäten hoffentlich auch weiter fortsetzen kann. Ausländische Stiftungen und NGOs werden ja zunehmend als »Agenten« diskreditiert.

(Dazu auch der Beitrag von Alexander Wolf am Ende dieses Schwerpunktes)



Jutta Scherrer

ist Professorin für Russische Geschichte an der *École des Hautes Études en Sciences Sociales* in Paris.

scherrer@ehess.fr

Felix Hett

Verflechtung ohne Wandel: Russlandpolitik in der Krise

Seit über zwei Jahren befinden sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland in einer tiefen Krise. Die einstige »strategische Partnerschaft« ist Geschichte. Die deutsche Russlanddebatte orientiert sich angesichts dessen an zwei extremen Polen: Auf der einen Seite steht die »Schwamm-drüber«-Fraktion, die trotz völkerrechtswidriger Krim-Annexion und tätiger Beihilfe Moskaus zum Kriegsgeschehen in der Ostukraine sobald wie möglich zum »business as usual« der Jahre vor 2013 zurückkehren möchte – um des lieben Friedens willen und der guten Geschäfte wegen. Auf der anderen Seite finden sich »Kalte Krieger«, die zum Durchhalten aufrufen: Russlands Stern befinde sich im Sinken, entweder werde die »Regionalmacht« angesichts schwinden-

der Ressourcen von selbst klein begeben, oder die herrschenden Eliten würden – nach dem Vorbild der Ukraine – über kurz oder lang von einer Revolte hinweggefegt. Zwischen diesen beiden Polen des Meinungsspektrums wird die Debatte geführt. Dabei beziehen sich Vertreter/innen beider Fraktionen immer wieder auf das Erbe der sozialdemokratischen Ostpolitik: Manche möchten diese gar ins Reich der Mythen verbannt wissen. Schließlich sei die Sowjetunion wahlweise in Afghanistan, am niedrigen Ölpreis oder an Reagans Sternenkrieg zugrunde gegangen – nicht aber als Folge von Willy Brandts Entspannungspolitik. Andere fordern eine Neuauflage der Ostpolitik, die meist auf einen Kern reduziert wird: Wandel durch Handel. Mehr wirtschaftliche Verflechtung würde, in dieser Logik, aus Russland einen verlässlicheren Partner machen und langfristig die gesellschaftspolitische Modernisierung im Osten befördern.

Dabei leidet die Debatte, wie der britische Historiker Hans Kundnani argumentiert, unter einer oft verzerrten Wahrnehmung der Ostpolitik – selbst unter Sozialdemokrat/innen: Zwar ist die Frage interessant, welchen Anteil die Ostpolitik am Kollaps des Ostblocks letztendlich hatte. Die von Egon Bahr maßgeblich geprägte Politik wird hier jedoch am falschen Ziel gemessen: Die Demokratisierung der Sowjetunion war nicht intendiert, der »Wandel« sollte sich in den innerdeutschen Beziehungen vollziehen. Die »Annäherung« an die Sowjetunion war das Mittel zum Zweck, zur Überwindung der deutschen Teilung. Der bundesrepublikanische Warenaustausch mit den Ostblockstaaten war dabei ein Instrument unter vielen.

»Wandel durch Verflechtung« – ein umstrittenes Konzept

Nach 1990 wurde die unbestreitbar erfolgreiche Ostpolitik im öffentlichen Diskurs in ihrer historischen Wirkung überhöht. Nach 2000 inspirierte sie erkennbar die Russlandpolitik der Bundesregierung, die nun den »Wandel durch Verflechtung« (Altkanzler Gerhard Schröder 2007) erreichen wollte. Anders als der Realist Bahr waren wechselnde Planungsstäbe im Auswärtigen Amt durch liberale Theorien der internationalen Beziehungen geprägt, denen zufolge die Einbindung in globale Warenströme und wechselseitige Abhängigkeiten Staaten zu »verantwortlichen Stakeholdern« des internationalen Systems machen und überdies inneren Reformen Anstoß geben. Dies ist einerseits wenig verwunderlich, denn dieser außenpolitische Ansatz zog Lehren aus der europäischen Einigung, entsprach dem liberalen Zeitgeist nach dem »Ende der Geschichte« und auch der Politik, die verschiedene US-Administrationen bis heute gegenüber China verfolgen. Derzeit lässt sich der ungebrochene Glaube an die transformative Kraft freien Handels in der Diskussion über das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine verfolgen, das den äußeren Anlass für die aktuelle EU-Russland-Krise bot.

Andererseits hegen nicht nur linke Ökonomen Zweifel an den für alle Beteiligten positiven Wirkungen von Freihandel und ausländischen Direktinvestitionen. Überdies sieht die realistische Schule der internationalen Beziehungen die wirtschaftliche Interdependenz skeptisch: Schließlich, so ein regelmäßiger Einwand, sei der Erste Weltkrieg zu einem frühen Höhepunkt der Globalisierung ausgebrochen. Und Russland entschloss sich im März 2014 zur Krim-Annexion, obwohl der Handel mit der EU kurz zuvor – 2012 – sein Rekordniveau erreicht hatte.

Aus der Sicht der Realisten ist die Kräfteverteilung innerhalb der wirtschaftlichen Verflechtung entscheidend für das Verhalten von Staaten. Dem US-Politologen Dale Copeland zufolge kommt es vor allem auf die Erwartungen der regierenden Eliten über die zukünftigen Machtverschiebungen in der Interdependenz an: Befürchtet ein Staat, dass die Verhältnisse sich zu seinen Ungunsten entwickeln, wird Verflechtung ihn nicht vor aggressivem Agieren zurückschrecken lassen. Dies kann der Fall sein, wenn der Verlust eines wichtigen Absatzmarktes droht, oder wenn die Perspektiven der eigenen Wirtschaft schlecht sind. Soweit, in aller Kürze, die Theorie. Sie an der aktuellen EU-Russland-Krise zu testen, wäre ein lohnenswertes Unterfangen: Denn schließlich sah Moskau 2013 durch das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine seine wirtschaftlichen Interessen massiv bedroht. Und seit dem Übergreifen der internationalen Finanzkrise auf Russland 2009 gilt es als gesunder Menschenverstand, dass sich das bisherige russische Wachstumsmodell erschöpft hat – und ein neues nicht in Sicht ist.

Die 2008 ins Leben gerufene deutsch-russische Modernisierungspartnerschaft konnte hieran nur wenig ändern. Sie war rhetorisch von der Ostpolitik inspiriert, und gleichzeitig in ihrer Zielsetzung ungleich ambitionierter, weil sie den Wandel in Russland zum Ziel hatte. Sie basierte auf den Exportinteressen der deutschen Industrie, was für ihre gesellschaftliche Unterstützung zunächst kein Nachteil war. Sie konnte überdies während des »Interregnums« des Präsidenten Dmitri Medwedew in Russland auf hinreichende Rezeption und Akzeptanz hoffen. Gleichzeitig litt die Politik an zwei Defiziten: Die Verflechtungslogik wurde in ihren potenziellen Wirkungen überschätzt. Zudem mangelte es an Überlegungen darüber, auf welche Weise die Modernisierungspartnerschaft zum erwünschten sozialen Wandel in Russland beitragen sollte. Technologieimporte allein haben vermutlich noch nirgendwo zu einer gesamtgesellschaftlichen Transformation geführt. Schließlich konnte die Modernisierungspartnerschaft im immer kurzatmiger werdenden Politikbetrieb nicht einmal drei Jahre überstehen, bevor ihr Scheitern von ersten Kommentatoren ausgerufen wurde.

Von der Ostpolitik lernen

Was kann man also heute von der Ostpolitik der 60er und 70er Jahre lernen? Angesichts grundlegend geänderter Rahmenbedingungen im Vergleich zu den Zeiten der bipolaren Blockkonfrontation sind es wohl vor allem Methoden, für die Egon Bahr und Willy Brandt bis heute stehen: Die Fähigkeit, eine langfristige Perspektive einzunehmen und Kurs zu halten, ist hier als erstes zu nennen. Als zweites steht das Grundprinzip, demzufolge der Status quo zunächst erkannt, analysiert und akzeptiert werden muss, bevor er überwunden werden kann. Dem folgt eine Politik der kleinen Schritte, die nicht unbedingt auf den ersten Blick in die richtige Richtung führen müssen, es aber in der Gesamtschau tun – genauso wie die vermeintliche Zementierung der deutschen Teilung durch De-facto-Anerkennung der DDR Vorbedingung für deren Überwindung war.

Eine durch die Ostpolitik inspirierte Debatte zur Russlandpolitik Deutschlands und der EU müsste sich demzufolge an drei Fragen orientieren: Was ist der Status quo? Was ist das Ziel? Und welche kleinen Schritte sind denkbar, um das Ziel, die Wieder-

herstellung von Frieden in Europa, zu erreichen? Dies gilt ebenso für die Annahme, dass ein demokratisches, marktwirtschaftliches und prosperierendes Russland, das in seinen Außenbeziehungen kooperativ ist, die Erreichung dieses Ziels wahrscheinlicher macht. Der Status quo ist jedoch ein anderer: Russland befindet sich auf einem autoritären Pfad, die Wirtschaft ist durch Oligopole und Rent-Seeker beherrscht, und die konfrontative Außenpolitik der zurückliegenden zwei Jahre erfreut sich offenkundig im Volk hoher Beliebtheit. Zur Anerkennung dieser Tatsachen gehört auch, dass die Möglichkeiten, auf diese Zustände von außen einzuwirken, äußerst begrenzt sind.

Was sind vor diesem Hintergrund mögliche kleine Schritte, die kurzfristig Frieden schaffen und mittel- bis langfristig eine kooperative Einbindung Russlands wahrscheinlicher machen? Bei der Suche nach Antworten könnte ein weiteres Bonmot Egon Bahrs hilfreich sein, nämlich die Charakterisierung der Entspannungspolitik als »innerdeutsches Judo«: Beim Judo versuchen die Sportler, die Absichten des Gegenübers zu antizipieren und dessen Energien zum eigenen Vorteil in eine andere Richtung zu lenken. Es wäre einen Versuch wert, die zum Teil in ihren Reflexen ritualisierte Russlanddebatte um Überlegungen anzureichern, die in diesem Sinne vielleicht kontraintuitiv sind: Inwiefern, beispielsweise, ließen sich bei den in Russland herrschenden Eliten positive Zukunftserwartungen hinsichtlich der Kooperation mit dem Westen erzeugen? Ist es in diesem Zusammenhang sinnvoll, Russland seine Schwäche vorzuhalten, wie es Barack Obama mit der Bezeichnung als »Regionalmacht« tat? Und welche Chancen gibt es, den mittlerweile durch exogene Faktoren – Ölpreisverfall, Rubelabwertung, Wirtschaftssanktionen – angestoßenen Strukturwandel in Russland aus der EU heraus konstruktiv zu begleiten? Die Abkehr von der einseitigen Fixierung auf den Ressourcenexport, in Zeiten hoher Ölpreise vergeblich gefordert, erfolgt aktuell in Russland notgedrungen – solange der Ölpreis und der Kurs des Rubels auf niedrigem Niveau verharren. Kurzfristig ist dieser Zustand problematisch, mittelfristig birgt er aber Chancen auf eine Wiederbelebung der russischen Industrie, was Russland langfristig entscheidend verändern könnte.



Felix Hett

ist Russland-Referent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

felix.hett@fes.de

Golineh Atai

Angst ist unser Lebensgefühl

Eine Reise nach Tschetschenien

»Sie sehen die vielen schönen neuen Gebäude hier. Aber wissen Sie – der Apfel wird von innen faul.« Die Augen schauen nervös hin und her, es scheint uns niemand zu beobachten, ein kurzer Moment der Freiheit, und ich habe den Eindruck, als ob mir